



Kofinanziert von der Europäischen Union



german cooperation

DEUTSCHE ZUSAMMENARBEIT

Durchgeführt von



Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika

Verantwortungsvolle Rohstoff-Lieferketten für nachhaltige Entwicklung

Projektname	Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika
Bbeauftragt durch	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Ko-Finanzierung der Europäischen Union (EU)
Projektregion	Mano River Union Staaten: Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone
Budget	5,000,000€ BMZ + 3,000,000€ EU
Dauer	Jan. 2023 – Sept. 2025
Phasen	3. Phase für Côte d'Ivoire und Guinea 5. Phase für Liberia und Sierra Leone

Die Herausforderung

Der Rohstoffsektor stellt für viele Menschen in den vier Ländern der Mano River Union (MRU), Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone, eine essentielle Lebensgrundlage dar und birgt gleichzeitig großes Wachstumspotential für die Mitgliedsstaaten. Reformen im Einklang mit der afrikanischen Bergbauvision (Africa Mining Vision, AMV) der Afrikanischen Union haben entscheidende Prozesse zur Förderung des direkten und indirekten Nutzen des Sektors – v.a. durch Gold, Diamanten, Bauxit und Eisenerz – vorangetrieben.

Allerdings ist der Sektor in der MRU oft mit sozialen Konflikten, umweltschädlichen Abbaumethoden, Menschenrechtsverletzungen, unzureichender zivilgesellschaftlicher Beteiligung, intransparenter Verwaltung der Einnahmen sowie systemischer Korruption konfrontiert. In der Vergangenheit wurden bewaffnete Auseinandersetzungen in der Region auch mit Einnahmen aus Rohstoffabbau und -handel finanziert. Die negativen Nachwirkungen dieser Konflikte sind bis heute spürbar. Eine Verschärfung der bereits prekären wirtschaftlichen Lage in der Region vergrößert die Gefahr von Unruhen, gewaltsamen Aufständen und Plünderungen. Besonders die Kontrolle des Abbaus und Schmuggels von Gold und Diamanten aus handwerklichem und Kleinbergbau (ASM) ist eine Herausforderung. Grenz- und Zollbeamte haben nur geringe Kenntnisse über mineralische Rohstoffe und illegale Transportmechanismen über Landesgrenzen hinweg. All dies gefährdet den Aufbau nachhaltiger und transparenter Rohstofflieferketten.

Vor diesem Hintergrund und mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH versuchen die Partnerregierungen Rohstoffe zu Motoren für langfristige Entwicklung zu machen. Im Mittelpunkt steht die Transparenz der Lieferketten und deren Ausrichtung an den Prinzipien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Das Vorhaben leistet so wichtige Beiträge zur Erreichung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), insbesondere zur Beendigung von Armut (SDG 1), zu menschenwürdiger Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8), verantwortungsvoller Produktion und Konsum (SDG 12), zu Umwelt und Klimaschutz (SDG 13), Gerechtigkeit, Frieden und starken Institutionen (SDG 16) und zu Partnerschaften (SDG 17).



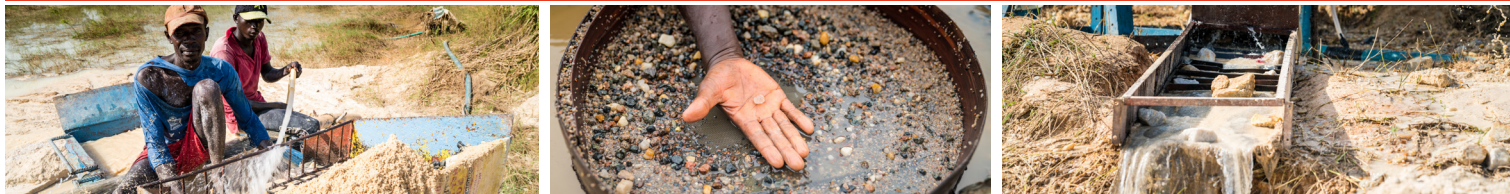
Unser Ansatz

Das Vorhaben berät Schlüsselakteure in den Partnerländern darin, die Rohstofflieferketten durch eine Veränderung der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen transparenter und sozial sowie ökologisch verantwortlich zu gestalten. Die Partnerorganisationen umfassen Regierungsinstitutionen auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie die Privatwirtschaft. Der methodische Ansatz kombiniert die Stärkung der Leistungsfähigkeit von Individuen, Institutionen und Netzwerken mit Fach- und Politikberatung. Inhaltlich strukturiert sich die Arbeit des Vorhabens dabei in zwei Felder:

1. Stärkung der Kapazitäten von relevanten nationalen Behörden zur Durchsetzung von Governance-, Umwelt- und Sozialstandards im Bergbau und seiner Lieferketten, inklusive Aspekten der Nachverfolgbarkeit und Vermeidung von illegalen Finanzströmen.
2. Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Etablierung und Nutzung von Instrumenten für das Aufzeigen von Beschwerden und Lösungsansätzen zu Nachhaltigkeitsproblemen im Bergbausektor.



Sowohl Großbergbau, als auch handwerklicher und Kleinbergbau haben das Potenzial, Armut durch höhere Steuereinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verringern. Gleichzeitig stellen sie ein Risiko für die Lebensgrundlagen der betroffenen Gemeinden, die Umwelt und eine gute Regierungsführung dar.



Zu den Hauptaktivitäten der aktuellen Phase zählen:

Entwicklung eines Konzepts für **digital rückverfolgbare Mineralienlieferketten**

Kapazitätsentwicklung für **Statistiken** und **Datenmanagement**, sowie **Diamantbewertung**

Verbesserung des **Dialogs** zwischen Administration, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft, sowie Bergbauunternehmen, Zwischenhändlern und Exporteuren

Stärkung der Kapazitäten in Partnerministerien für Audits von **Umwelt-** und **Sozialstandards**

Stärkung der Zusammenarbeit und **Vernetzung von Strafverfolgungsbehörden** auf lokaler und nationaler Ebene, sowie grenzüberschreitend

Sensibilisierung der Bergbaugemeinden für **Sozial-** und **Umweltstandards** und **gegen Schmuggel**

Sensibilisierung für Gemeinschaftsrechte und Beschwerde-mechanismen mit Fokus auf **Beteiligung von Frauen**

In vorherigen Phasen erzielte Wirkungen

- In **allen vier Ländern** haben die Steuerbehörden ihre Kapazitäten für Steuerprüfungen bei Bergbauunternehmen ausgebaut. Dies hat zu Steuer Mehreinnahmen von insgesamt 36,7 Mio. EUR geführt.
- Die Bergbaubehörden in **Sierra Leone, Liberia** und **Guinea** haben ein digitales Katastersystem zur Verwaltung von Lizenzen eingeführt, einsehbar für die Öffentlichkeit. Teils wird es auch zur Exportbewertung von Gold und Diamanten, Berechnung von Zollgebühren und für Ausfuhrzertifikate genutzt; diese werden am Zielflughafen durch das Scannen von QR-Codes überprüft.
- Die **Mitgliedsstaaten der MRU** werden bei der Umsetzung eines regionalen Ansatzes zum Kimberley-Prozess (KP) für die Diamantenzertifizierung und Bekämpfung von Schmuggel unterstützt. Dies wurde sowohl im weiteren Rahmen des KP als auch bei den Generalversammlungen der Vereinten Nationen 2018 und 2020 als Best Practice anerkannt.
- Mehr als 180 Strafverfolgungsbeamte in den Hauptstädten und an den Grenzen wurden in Anti-Schmuggel-Praktiken geschult. In den Grenzgemeinden wurden 1361 Bergleute, Händler*innen und Bürger*innen zu Anti-Schmuggel-Maßnahmen sensibilisiert.

- Über 40 Vertretende von Minenministerien, Strafverfolgungsbehörden, Zivilgesellschaft sowie Privatsektor wurden während insgesamt fünf Tagen zum OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten sowie der neuen EU Konfliktmineralien-Verordnung weitergebildet.
- In **Liberia** wurden die Bemühungen des Bergbauministeriums zur Formalisierung des ASM-Sektors durch eine Roadmap und die Gründung der allerersten Bergbaukooperativen unterstützt. Seitdem wurden insgesamt mehr als 20 Kooperativen gegründet. Diese ermöglichen die Einführung von umweltfreundlichen Abbaumethoden (Smart Mining) und verbessern damit nicht nur die soziale und wirtschaftliche Situation, sondern auch den ökologischen Fußabdruck.
- In **Liberia, Sierra Leone** und **Guinea** sind Projekte zur Umsetzung der Minamata Konvention gegen Quecksilbernutzung im handwerklichen und Kleinbergbau implementiert worden. Zudem wurden Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, alternative Abbaumethoden aufgezeigt, und die Grundlagen für einen Zugang zu internationalen Märkten und verantwortungsvollen Lieferketten für Gold geschaffen.
- In **Côte d'Ivoire** hat die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) erstmals die Ausgaben von fünf lokalen Entwicklungsfonds veröffentlicht, um eine nachhaltige und transparente Verwaltung ihrer Ausgaben zu fördern. Darüber hinaus hat das EITI-Sekretariat eine Datenbank zu wirtschaftlichem Eigentum pilotiert.
- In **Sierra Leone** ist eine interaktive Hörspielserie namens Bush Wahala auf 33 Radiostationen mit einer potenziellen Reichweite von 1,7 Mio. Menschen ausgestrahlt worden. Dies erhöht das Verständnis der Gemeinden für Bergbauangelegenheiten und unterstützt die lokalen Gemeinden in ihrer Interaktion mit den Bergbauunternehmen.
- In **Côte d'Ivoire, Guinea** und **Liberia** erhielten 105 Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen Fortbildungen zum Thema Bergbau sowie Fach- und Prozessberatung für effektive Lobby- und Advocacy-Interventionen. Darüber hinaus wurden in Côte d'Ivoire, Liberia und Sierra Leone 56 Journalisten in evidenzbasiertem, investigativem Journalismus geschult, die als Resultat mindestens 63 Artikel veröffentlichten.